

GUTE ARGUMENTE



AUS DEM BÜROKOLLEKTIV JELPKE

5. Völkische Kapitalismuskritik und soziale Demagogie der Neonazis

Mit sozialer Demagogie versuchen Neonazis und Rechtspopulisten, die Verzweiflung und Perspektivlosigkeit von Opfern der Wirtschaftskrise für sich zu nutzen. Während besitzbürgerlich orientierte rechtspopulistische Parteien wie die „Republikaner“, die DVU und Pro NRW sich dabei auf die Forderung „Arbeitsplätze zuerst für Deutsche“ beschränken, gebärden sich die NPD und die sogenannten „freien Kameradschaften“ als einzig wahre Systemopposition. Sie rufen zum „Tag der deutschen Arbeit“ am 1. Mai zu Demonstrationen auf und treten offen für einen „Nationalen Sozialismus“ ein. Dazu übernehmen sie auch Forderungen der LINKEN wie „Weg mit Hartz IV“. Dies ist nichts Neues. Schon die Hitlerfaschisten führten „sozialistisch“ und „Arbeiterpartei“ im Namen der NSDAP und verwendeten eine rote Fahne, um so Teile der Lohnabhängigen über ihre wahren Ziele zu täuschen und diese für sich zu gewinnen. Soziale Demagogie dient Neonazis weiterhin als Einstiegsdroge. Zusammen mit ihr werden Nationalismus und Rassismus verabreicht und zur faschistischen Ideologie verschmolzen.

Kapitalismus aus faschistischer Sicht:

In völliger Unkenntnis ökonomischer Zusammenhänge trennen Faschisten zwischen heimischem „schaffenden Kapital“ und international spekulierendem „raffendes Kapital“. In Wirklichkeit hat jedes - auch das in der Produktion investierte - Kapital die Profitmaximierung zu Ziel und eine Trennung zwischen produktiven und spekulativem Kapital ist unwissenschaftlich und willkürlich. Während Globalisierung der Wirtschaft – im Unterschied zur gewollten neoliberalen Politik - ein quasi naturwüchsiger ökonomischer Prozess ist, sehen Faschisten die kapitalistische Globalisierung als Werk einer Verschwörung durch eine kleine Gruppe von (jüdischen) US-Kapitalisten. Das „Große Geld“ habe, so der sächsische NPD-Abgeordnete Jürgen Gansel in der Parteizeitung Deutschen Stimme 12/2005, „obwohl seinem Wesen nach jüdisch-nomadisch und ortlos, seinen politisch-militärischen Standort vor allem an der Ostküste der USA.“ Im NPD-Programm heißt es unter der Überschrift: „Die `neue Weltordnung´ der US-Ostküste“: „Dem Spekulationskapital dürfen keine Hindernisse in den Weg gelegt werden. ... Um Widerstand gegen diese Ausbeutungspolitik zu brechen, muss jede Form der kulturellen Zersetzung gefördert werden. Dies betrifft in erster Linie die Wahrung traditioneller Werte, die durch die Amerikanisierung in Rundfunk, Musik, Film und Fernsehen zerstört wird bis hin zur Auflösung der allgemeinen Sittlichkeit durch die Förderung von Prostitution, Konsumfixierung und Abtreibung.“ Dahinter steht ein völkisches Verständnis von Nation, die auf einem einheitlichen Volk beruht, das eine gemeinsame Abstammungsgeschichte hat. Migration nach Deutschland wird in diesem Zusammenhang von Faschisten sowohl als Lohndrückerei als auch als Zersetzung von „völkischem“ Widerstandspotential gegen Globalisierung verstanden. Rassistische Pogrome erscheinen dann als unmittelbare Antiglobalisierungspolitik.

NPD für freies Unternehmertum:

Die Kapitalismuskritik von NPD und Kameradschaften beschränkt sich auf die Forderung nach staatlich regulativen Eingriffen in die Wirtschaft verbunden mit antisemitischen Verschwörungstheorien und rassistischer Hetze. Weder das Privateigentum an Produktionsmitteln noch das Profitprinzip werden von der NPD in Frage gestellt.

In ihrem Aktionsprogramm bekennt sich die NPD „zu einem freien und sozialverpflichteten Unternehmertum“. Dem Staat soll dabei die Führung der Volkswirtschaft in letzter Verantwortung unterliegen. Dies klingt stark nach neokonservativen Ordnungsvorstellungen à la Ludwig Erhard und nicht nach einer sozialistischen Umwälzung der Produktionsverhältnisse.

Die Forderung „Arbeit zuerst für Deutsche“ ist eine Umschreibung der alten Naziparole „Ausländer raus!“ So heißt es weiter: „Die NPD setzt sich daher für die humane Rückführung der Ausländer in ihre Heimat und bevorzugte Einstellung deutscher Arbeitskräfte ein.“



Ulla Jelpke

Mitglied des Deutschen Bundestages

Die NPD will eine „raumorientierte Volkswirtschaft“, in der die ethnisch-nationale Herkunft der Bewohner den Wirtschaftsraum bestimmt. Das bedeutet im Klartext „Deutsche, kauft deutsche Bananen!“ und ist ökonomischer Schwachsinn.

Die NPD will „multinationale Konzerne entflechten“ durch Nationalisierung ausländischen Kapitals.

Obwohl deutsches Kapital heute weltweit führend agiert, wird so suggeriert, dass Deutschland eine Kolonie sei, die sich befreien müsse. Wie würde die NPD wohl reagieren, wenn etwa in Brasilien oder Mexiko die dortigen Volkswagenwerke nationalisiert würden?

Die alte Forderung des NSDAP-Programms nach „Brechung der Zinsknechtschaft“ wird weiterhin von Nazi-Kameradschaften vertreten. Als Lösung wird die Freigeldtheorie von Silvio Gesell (völkischer Theoretiker und Aktivist der Münchner Räterepublik) propagiert. Geld soll automatisch jede Woche an Wert verlieren, damit sich Anhäufung und Kapitalbildung nicht lohnen. Auch Tauschringe werden als „Lösungen“ propagiert. Auch dies offenbart ein völliges Unverständnis von der Funktionsweise des Kapitalismus, in dem die Ausbeutung von Lohnarbeit die Quelle von Profit und Zins ist und nicht umgekehrt der Zins die Ursache von Ausbeutung.

Gewerkschaften und Arbeiterrechte:

Im NPD-Programm findet sich kein Wort über Gewerkschaften und Arbeiterrechte. Stattdessen heißt es: „Wir Nationaldemokraten setzen uns mit Entschiedenheit für eine neue Gemeinschaftsordnung ein, die in nationaler Solidarität vorhandene Gruppenegoismen überwindet und zu sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit führt.“ Gemeint ist die Volksgemeinschaft zwischen deutschen Lohnabhängigen und ihren Bossen gegen ausländische Kollegen und Unternehmer. Da sich nach Meinung der Faschisten die Ausbeutung durch Spekulation und Zinsnahme vollzieht, kritisieren sie nicht die Ausbeutung der Arbeitskraft durch Lohnraub in den Betrieben. Der „Nationale Sozialismus“ von NPD und Kameradschaften bedeutet eine nach rassistischen Kriterien strukturierte, hierarchisch nach dem Führerprinzip aufgebaute Volksgemeinschaft. Arbeiterrechte und unabhängige Gewerkschaften hätten hier als „Gruppenegoismen“ keinen Platz und würde zerschlagen werden wie im Mai 1933.

Spaltung des Widerstands gegen das Kapital:

Im Wirtschafts- und Sozialprogramm der Faschisten sind Rassismus und Nationalismus durchgängige Elemente. Damit werden die Lohnabhängigen entlang nationaler oder ethnischer Linien gegeneinander aufgehetzt. So wollen sie den notwendigen gemeinsamen Widerstand gegen Bosse und Konzerne sowie den Sozialkahlschlag schwächen und verhindern. Dazu heißt es in einem Flugblatt, das NPD-Mitglieder 2008 vor bayerischen Siemens-Werken verteilten: „Wenn wir berücksichtigen dass die 130.000 Arbeitsplätze in Deutschland zum Teil von ausländischen Arbeitnehmern besetzt sind, dann wird deutlich, dass Siemens nur noch dem Namen nach ein deutsches Unternehmen ist. ... Türkische Unternehmen sollen Türken beschäftigen, deutsche Unternehmen deutsche Arbeitnehmer.“ Gerade aus der Türkei stammende Kolleginnen und Kollegen standen bei Betriebskämpfen in der Elektroindustrie oft an vorderster Front. Hinter dem Flugblatt steht trotz der radikal klingenden Forderung nach „Siemens in Arbeiterhand“ der Versuch der Nazis, die Belegschaft zu spalten. Gewinner sind dann natürlich das Management und die Aktionäre.

Linke Antworten:

Die Trennlinien verlaufen nicht zwischen den Völkern sondern zwischen oben und unten. Kapitalismus definiert sich weder durch Globalisierung noch Zinswirtschaft, sondern durch das Verhältnis der Menschen zu den Produktionsmitteln. Kennzeichnend für den Kapitalismus ist die Existenz zweier Hauptklassen mit entgegen gesetzten Interessen: die Lohnabhängigen, die vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben müssen und die Kapitalisten als Besitzer der Produktionsmittel. Diese Zusammenhänge gilt es zu verdeutlichen, anstatt sie durch das Gerede von „raffgierigen Kapitalisten“ oder „gefährlichen Heuschrecken“ zu verschleiern. Unsere Antwort ist daher weder „nationale Volksgemeinschaft“ noch der auch von Teilen des DGB vertretene Standortnationalismus, sondern internationaler Klassenkampf. Statt für Wirtschaftsprotektionismus treten wir für existenzsichernde Mindestlöhne auf europäischer Ebene ein. Statt bloßer Verstaatlichung fordern wir echte Vergesellschaftung von Banken und Schlüsselindustrien unter demokratischer Kontrolle.